

Podiumsgespräch der GTCP zu den 50 Jahren Arbeitsfrieden.

Gewerkschaften sollen erwachen

ib. Nur um die 20 Leute haben an dem von den drei Gewerkschaften GTCP, GBH und SMUV sowie dem VPOD bestrittenen Podiumsgespräch zu den 50 Jahren Arbeitsfrieden in Solothurn teilgenommen. Die Diskussion über Bilanz und Perspektiven zeigte, dass es an der Zeit wäre, dieses Abkommen in Frage zu stellen, und aus dem Dornröschenschlaf zu erwachen.

Wie ein Pfarrer in der leeren Kirche kam sich Gesprächsleiter und GTCP-Sekretär Fritz Gfeller in Anbetracht der wenigen zu dem Podiumsgespräch über die 50 Jahre Arbeitsfrieden erschienen Gewerkschafter vor. Gesprächsteilnehmer waren Romeo Burrino, Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), Hans Schächli, Zentripräsident der Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP), Stephan Wild, Solothurner SMUV-Sekretär und Marianne Ebel, Neuenburg, die anstelle des wegen Überlastung entschuldigten Kantonsrats Hanspeter Mathys einsprang, für den VPOD.

Im Laufe des Gesprächs kristallisierte sich heraus, dass die verschlafene Situation bei den Gewerkschaften heute nicht mehr befriedigend ist. Marianne Ebel macht darauf aufmerksam, dass unsere Löhne im Verhältnis zu den Lebenskosten verglichen mit anderen Ländern gar nicht so hoch sind. Von den Gewerkschaften werde nicht mehr gesprochen, man denke nicht mehr daran, dass die Arbeiter eine Mehrheit sind, fühle sich am Arbeitsplatz nicht mehr als Teil eines Kollektivs.

Sie verwies auch auf die niedrige Stimmbeteiligung und betonte, dass die Politik nicht einmal eine Erweiterung der Demokratie, zum Beispiel in Form von Mitspracherecht der Ausländer, gebracht habe. Anstelle des gemeinsamen Kampfes sei der Fremdenhass getreten. Man schweige, weil aktive Gewerkschafter entlassen werden.

Nicht technologiebedingt.

So könne es nicht weitergehen. Wir müssten unsere gemeinsame Stärke wieder erkennen. Der Arbeitsfriede sei also problematisch. Wir müssten uns zum Beispiel dagegen wehren, rund um die Uhr arbeiten zu müssen. Man war sich einig, dass nicht die neuen Technologien die Arbeit rund um die Uhr bedingen, sondern der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Dass die Gewerkschaften einen grossen Teil der technologischen Entwicklung verpasst und die neuen Probleme nicht erkannt hätten, war die Meinung von Stephan Wild. Wir würden in einem Pseudowohlstand leben, meinte er. Einem Wohlstand, der gar nicht da sei. Es stelle sich die Frage, ob man mit der Tradition des Arbeitsfriedens brechen solle. Dank dem Artikel über „Konflikterledigung“ sei zum Beispiel in der grössten Krise bei von Roll ein Teuerungsausgleich möglich geworden.

Monotone Arbeit.

Zwar wurde festgestellt, dass die Gewerkschaften in letzter Zeit wieder aktiver und politischer wurden. Die Gleichgültigkeit der Arbeitnehmer hänge aber, so Wild, mit der veränderten Arbeit zusammen. Die Arbeit sei monotoner geworden. Wenn der einzelne in der Arbeit verkümmere, könne man nichts mehr von ihm erwarten. So sei jeder mit sich selbst beschäftigt, mit dem Erarbeiten seines Pseudowohlstandes. Jedem lägen nur die Finanzen am Herzen. Der Pseudowohlstand führe zur Bequemlichkeit des Arbeiters. Es gelte jetzt, die Mitbestimmung, auch in bezug auf die Gestaltung des Arbeitsplatzes, in den Gesamtarbeitsverträgen zu verankern.

Hans Schächli meinte ebenfalls, die Gewerkschaftspolitik beschränke sich auf die Verteilung des hochkonjunkturellen Kuchens. Die Rationalisierung habe wenigstens Geld gebracht, doch sei die Qualität der Arbeit verlorengegangen. Die neuen Technologien brachten neue Belastungen und Gesundheitsprobleme. Die Gewerkschaften müssten nun eine gewisse Konfliktfähigkeit zurückgewinnen. Wird das gewerkschaftliche Modell in Frage gestellt, entstehen neue Konflikte. Nebst den Gesamtarbeitsverträgen gehörten auch Gesetze zur Sozialpolitik.

Geld ist nicht alles.

Als grosse Schwäche des Arbeitsfriedens sieht Schächli, dass heute alles mit Geld abgegolten wird. Wir müssten aber selber auch für unsere Interessen, zum Beispiel Gesundheits- und Kündigungsschutz oder Arbeitsplatzgestaltung, einstehen können.

Ein Diskussionsteilnehmer machte den interessanten Vorschlag, die Gewerkschaften müssten auch Ratschläge geben, wie mit Abzahlungsgeschäften, zum Beispiel für Autos oder Möbel, umzugehen sei, denn wir seien alle in unseren Abzahlungsverträgen gefangen und hätten daher Angst zu handeln.

Romeo Burrino beklagte zunächst den Mangel an Ideen und Initiative. Der Finanzplatz Schweiz funktioniere, nicht aber der Werkplatz Schweiz. Das Friedensabkommen werde als Modell dargestellt. Doch hätten wir viele ungelöste Probleme. Rentner, Ausländer und Jugendliche sind benachteiligt. Diskussionslos werden 15 Milliarden Franken für die Armee bewilligt, aber man diskutiert wegen ein paar Fränklein Krankenkasse. Die Unterschiede zwischen arm und reich seien nicht kleiner geworden. Burrino erwähnte den Reallohnverlust in der Baubranche, den Verlust an Arbeitsplätzen, den Tribut, den die Frauen bezahlen. Das Friedensabkommen sei zu eng. Die Solidarität fehle. Es gebe Überstunden, Schwarzarbeit und Akkordarbeit, trotzdem die Gewerkschaften das immer abgelehnt hätten.

Mehr Hausmänner.

Abschliessend entwarf Burrino ein eindrückliches Bild der Zukunft. Da die neuen Technologien fast durchwegs von Frauen bedient würden, würden schon in den neunziger Jahren die Frauen die meist beschäftigten Arbeitskräfte sein. Dagegen werde es immer mehr Hausmänner geben. Wir müssten uns auf eine familiäre Revolution gefasst machen und vorbereiten.

Fritz Gfeller konnte feststellen, dass doch ein Umdenken zu spüren ist. Nun sei die wichtigste Frage, wie man die Solidarität wieder herbringe.

Solothurner AZ. Samstag, 1987-08-29.

Friedensabkommen > Podiumsgespräch Solotr. 1987-08-29.doc.